

Vordrucke (Teilnahmewettbewerb)

**für das Vergabeverfahren
„Teilprojekt Leittechnik“
der RZR II Herten GmbH**



Hinweis: In den nachfolgenden Vordrucken wird aus Gründen der Lesbarkeit statt der „Ich/Wir“ allein die „Ich“-Form verwendet.

Die nachfolgenden Vordrucke sind von dem Bewerber zur Erstellung und Einreichung seines Teilnahmeantrags zu verwenden!

Die Vordrucke sind jeweils an den vorgesehenen Stellen eigenhändig im Original zu unterschreiben!

Im Übrigen wird vollumfänglich auf die veröffentlichte EU-Bekanntmachung Nr. 2017/S 174-357218, insbesondere auf die „Teilnahmebedingungen“ nach Abschnitt III.1) sowie auf die „Zusätzlichen Angaben“ gemäß Abschnitt VI.3), verwiesen.

Daten des Bewerbers

Abfrage einer Unternehmensbezeichnung und einer empfangsfähigen E-Mail-Adresse. Mit diesen Angaben wird den im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten Unternehmen ein Zugang zu den Vergabeunterlagen ermöglicht. Die nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten Unternehmen erhalten die für den Zugang zu den Vergabeunterlagen erforderlichen Zugangsdaten sowie Informationen zum weiteren Verfahren per E-Mail.

Hinweis: Die hinterlegten Felder sind zwingend auszufüllen. Ohne diese Angaben kann nach Durchführung des Teilnahmewettbewerbs kein Zugang zu den Vergabeunterlagen eingerichtet werden. Bei einer Bewerbungsgemeinschaft sind hier die Daten des vertretungsberechtigten Mitglieds einzutragen.

Daten des Bewerbers:

Name/Firma des Unternehmens:

E-Mail:

Bewerbergemeinschaftserklärung

in dem Verhandlungsverfahren „Teilprojekt Leittechnik“

Für die Bewerbergemeinschaft _____

[Name und Rechtsform]

und zugleich für die nachfolgend genannten Mitglieder der Bewerbergemeinschaft erklären wir hiermit, dass

- alle Mitglieder der gebildeten Bewerbergemeinschaft aufgeführt sind,
- die Bildung einer Bewerbergemeinschaft durch die vorgenannten Mitglieder rechtlich, insbesondere kartell-, wettbewerbs- und vergaberechtlich, zulässig ist,
- die Bewerbergemeinschaft dem Auftraggeber im Falle der Zuschlagserteilung gesamtschuldnerisch haftet und
- für das Vergabeverfahren sowie den Abschluss und die Durchführung des Vertrages folgendes Mitglied der Bewerbergemeinschaft (Mitglied 1)

[Name und Anschrift des Ansprechpartners]

von den Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft bevollmächtigt ist und die Bewerbergemeinschaft sowie die Bewerbergemeinschaftsmitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt.

Mitglied 1 (zugleich vertretungsberechtigtes Mitglied):

Name des Unternehmens: _____

Anschrift des Unternehmens: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

E-Mail: _____

.....
Ort Datum.....
Unterschrift Mitglied/Firmenstempel**Mitglied 2:**

Name des Unternehmens: _____

Anschrift des Unternehmens: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

E-Mail: _____

.....
Ort Datum.....
Unterschrift Mitglied/Firmenstempel

Mitglied 3:

Name des Unternehmens: _____

Anschrift des Unternehmens: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

E-Mail: _____

.....
Ort Datum

.....
Unterschrift Mitglied/Firmenstempel

Mitglied 4:

Name des Unternehmens: _____

Anschrift des Unternehmens: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

E-Mail: _____

.....
Ort Datum

.....
Unterschrift Mitglied/Firmenstempel

[Liste bei Bedarf ergänzen]

**Darstellung des Bewerbers gemäß Abschnitt III.1.1) (A1) der EU-
Bekanntmachung**

Darstellung des Bewerbers (Leistungsspektrum und Kerngeschäft des Unternehmens) und der Unternehmensorganisation (Hauptsitz, ggf. Niederlassungen, Struktur/Aufbau) sowie – falls zutreffend – ausführliche Darstellung der Konzernverbundenheit/-angehörigkeit mit anderen Unternehmen.

Daten des Bewerbers:

Name/Firma des Unternehmens:

Anschrift:

Ansprechpartner:

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

Nr.	Darstellung Bewerber	Vom Unternehmen auszufüllen
1	Darstellung des Bewerbers (Leistungsspektrum und Kerngeschäft des Unternehmens)	
2	Darstellung der Unternehmensorganisation (Hauptsitz, ggf. Niederlassungen, Struktur/Aufbau)	
3	– falls zutreffend – ausführliche Darstellung der Konzernverbundenheit/-angehörigkeit mit anderen Unternehmen.	

Unterschiedene Eigenerklärung des Bewerbers gemäß Abschnitt III.1.1) (A3) der EU-Bekanntmachung

Erklärung nach § 123 GWB:

Hiermit erkläre ich, dass keine Person, deren Verhalten meinem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Außerdem erkläre ich hiermit, dass kein Ausschlussgrund aufgrund der Verletzung einer Verpflichtung nach § 123 Abs. 4 Nr. 1 oder 2 GWB vorliegt:

Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn

1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder

2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des § 123 Absatz 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

.....
(Ort, Datum)

(Unterschrift, Firmenstempel)

Alternativ:

Sofern Ausschlussgründe gem. § 123 GWB vorliegen und die geforderte Eigenerklärung nicht abgegeben werden kann, ist formlos nachzuweisen, dass angemessene Selbstreinigungsmaßnahmen gem. § 125 GWB getroffen worden sind.

Haben Sie Maßnahmen getroffen, um ihre Zuverlässigkeit nachzuweisen („Selbstreinigung“)? Ja Nein

Wenn ja, bitte beschreiben Sie diese:

.....
(Ort, Datum)

(Unterschrift, Firmenstempel)

Hinweise:

Die Vergabestelle behält sich vor, die erforderlichen Informationen über die persönliche Lage des Bewerbers bei den zuständigen Behörden einzuholen, wenn sie Bedenken in Bezug auf dessen persönliche Eignung hat.

**Unterschiedene Eigenerklärung des Bewerbers gemäß Abschnitt III.1.1) (A4)
der EU-Bekanntmachung**Erklärung nach § 124 GWB

Hiermit erkläre ich, dass kein in § 124 Abs. 1 Nr. 1 bis 8 GWB genannter Ausschlussgrund vorliegt:

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd man-

gelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder

9. das Unternehmen

a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des § 124 Absatz 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

.....
(Ort, Datum)

(Unterschrift, Firmenstempel)

Alternativ:

Sofern Ausschlussgründe gem. § 124 GWB vorliegen und die geforderte Eigenerklärung nicht abgegeben werden kann, ist formlos nachzuweisen, dass angemessene Selbstreinigungsmaßnahmen gem. § 125 GWB getroffen worden sind.

Haben Sie Maßnahmen getroffen, um ihre Zuverlässigkeit nachzuweisen („Selbstreinigung“)? Ja Nein

Wenn ja, bitte beschreiben Sie diese:

.....
(Ort, Datum)

(Unterschrift, Firmenstempel)

Hinweise:

Die Vergabestelle behält sich vor, die erforderlichen Informationen über die persönliche Lage des Bewerbers bei den zuständigen Behörden einzuholen, wenn sie Bedenken in Bezug auf dessen persönliche Eignung hat.

**Unterschiedene Eigenerklärung des Bewerbers gemäß Abschnitt III.1.1) (A5)
der EU-Bekanntmachung**Erklärung nach § 19 Abs. 1 MiLoG

Hiermit erkläre ich, dass ich die unter § 19 MiLoG (Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns) genannten und nachfolgend abgedruckten Ausschlussstatbestände nicht erfülle.

Nach § 19 Abs. 1 MiLoG sollen von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag der in §§ 99 und 100 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen genannten Auftraggeber Bewerberinnen oder Bewerber für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden, die wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden sind.

Nach § 21 Abs. 1 MiLoG handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

1. entgegen § 15 Satz 1 in Verbindung mit § 5 Absatz 1 Satz 1 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes eine Prüfung nicht duldet oder bei einer Prüfung nicht mitwirkt,
2. entgegen § 15 Satz 1 in Verbindung mit § 5 Absatz 1 Satz 2 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes das Betreten eines Grundstücks oder Geschäftsraums nicht duldet,
3. entgegen § 15 Satz 1 in Verbindung mit § 5 Absatz 3 Satz 1 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes Daten nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig übermittelt,
4. entgegen § 16 Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 3 Satz 1 eine Anmeldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vorlegt oder nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig zuleitet,
5. entgegen § 16 Absatz 1 Satz 3, auch in Verbindung mit Absatz 3 Satz 2, eine Änderungsmeldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorge-

schriebenen Weise oder nicht rechtzeitig macht,

6. entgegen § 16 Absatz 2 oder 4 eine Versicherung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig beifügt,
7. entgegen § 17 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, eine Aufzeichnung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstellt oder nicht oder nicht mindestens zwei Jahre aufbewahrt,
8. entgegen § 17 Absatz 2 eine Unterlage nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise bereithält oder
9. entgegen § 20 das dort genannte Arbeitsentgelt nicht oder nicht rechtzeitig zahlt.

Nach § 21 Abs. 2 MiLoG handelt ordnungswidrig, wer Werk- oder Dienstleistungen in erheblichem Umfang ausführen lässt, indem er als Unternehmer einen anderen Unternehmer beauftragt, von dem er weiß oder fahrlässig nicht weiß, dass dieser bei der Erfüllung dieses Auftrags

1. entgegen § 20 das dort genannte Arbeitsentgelt nicht oder nicht rechtzeitig zahlt oder
2. einen Nachunternehmer einsetzt oder zulässt, dass ein Nachunternehmer tätig wird, der entgegen § 20 das dort genannte Arbeitsentgelt nicht oder nicht rechtzeitig zahlt.

.....
(Ort, Datum)

(Unterschrift, Firmenstempel)

**Nachweise / Erklärungen / Angaben zur
wirtschaftlichen und finanziellen Leis-
tungsfähigkeit**

**gemäß
Abschnitt III.1.2) der EU-
Bekanntmachung**

**Unterschriebene Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens
gemäß Abschnitt III.1.2) (B1) der EU-Bekanntmachung**

Gesamtumsatz des Unternehmens, jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre:

Geschäftsjahr: _____ Umsatz: _____ €

Geschäftsjahr: _____ Umsatz: _____ €

Geschäftsjahr: _____ Umsatz: _____ €

.....
(Ort, Datum) (Unterschrift, Firmenstempel)

Unterschriebene Eigenerklärung über das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung gemäß Abschnitt III.1.2) (B2) der EU-Bekanntmachung

Hiermit erkläre ich,

dass eine aktuell gültige Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von EUR 10 Mio. für Personenschäden, EUR 5 Mio. für Sachschäden und EUR 1 Mio. für Vermögensschäden (jeweils jährlich 2-fach maximiert) besteht.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift, Firmenstempel)

Alternativ (falls eine Versicherung mit dieser Deckungshöhe derzeit nicht besteht):

Hiermit erkläre ich,

dass ich im Falle der Zuschlagserteilung eine entsprechende Versicherung mit den oben genannten Deckungssummen abschließen werde.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift, Firmenstempel)

**Nachweise / Erklärungen / Angaben zur
technischen und beruflichen Leis-
tungsfähigkeit**

**gemäß
Abschnitt III.1.3) der EU-
Bekanntmachung**

Darstellung von mindestens einer Referenz gemäß Abschnitt III.1.3) (C1) der EU-Bekanntmachung:

Darstellung von mindestens einer Referenz über die Erweiterung einer zentralen Leittechnik auf PCS 7 Basis in Abfallverbrennungsanlagen in den letzten 5 Jahren (Stichtag: Ablauf der Bewerbungsfrist). Mindestanforderung (M).

Hinweise: Für den Nachweis der Referenzen sind ausschließlich die vorgesehenen Vordrucke zu verwenden. Sofern jeweils mehr als eine Referenz nachgewiesen wird, sind diese nach Aufträgen innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland getrennt darzustellen. Ein Referenzprojekt kann zugleich sowohl zur Erfüllung der unter (C1), als auch zur Erfüllung der unter (C2) und (C3) geforderten Referenzen angegeben werden. **Die Referenzen müssen eindeutig demjenigen Unternehmen als Leistungsverantwortlichem (vertraglicher Auftragnehmer des Referenzauftraggebers, Angaben dazu unter lfd. Nr. 3 unten) zugeordnet werden können, das sich zum Nachweis seiner Eignung in dem Teilnahmeantrag darauf beruft.**

(Vordruck kann vom Unternehmen vervielfältigt werden):

Lfd. Nr.	Informationen zur Referenz	Vom Unternehmen auszufüllen
1	Nummer der Referenz	
2	Bezeichnung der Referenz	
3	Name des leistungsverantwortlichen Unternehmens (vertraglicher Auftragnehmer des Referenzbeauftragten)	
4	Leistungszeit (Anfangs- und Enddatum der Leistungserbringung)	
5	Name, Anschrift und Telefonnummer / E-Mail-Adresse des Auftraggebers und einer Auskunftsperson	
6	Auftragswert der Referenz (Wert der Leistung)	
7	Wärmeleistung (mehr als 20 MW) der Anlage zur Wärmeauskopplung	_____ MW
8	Die Leistung ist sachmangelfrei und ordnungsgemäß erfolgt / die Leistung ist fachgerecht und ordnungsgemäß ausgeführt (Beantwortung durch zutreffendes Ankreuzen)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Darstellung von mindestens einer Referenz gemäß Abschnitt III.1.3) (C2) der EU-Bekanntmachung:

Darstellung von mindestens einer Referenz über den Umgang mit der PCS 7 Bibliothek im RZR Herten. Mindestanforderung (M).

Hinweise: Für den Nachweis der Referenzen sind ausschließlich die vorgesehenen Vordrucke zu verwenden. Sofern jeweils mehr als eine Referenz nachgewiesen wird, sind diese nach Aufträgen innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland getrennt darzustellen. Ein Referenzprojekt kann zugleich sowohl zur Erfüllung der unter (C1), als auch zur Erfüllung der unter (C2) und (C3) geforderten Referenzen angegeben werden. **Die Referenzen müssen eindeutig demjenigen Unternehmen als Leistungsverantwortlichem (vertraglicher Auftragnehmer des Referenzauftraggebers, Angaben dazu unter lfd. Nr. 3 unten) zugeordnet werden können, das sich zum Nachweis seiner Eignung in dem Teilnahmeantrag darauf beruft.**

(Vordruck kann vom Unternehmen vervielfältigt werden):

Lfd. Nr.	Informationen zur Referenz	Vom Unternehmen auszufüllen
1	Nummer der Referenz	
2	Bezeichnung der Referenz	
3	Name des leistungsverantwortlichen Unternehmens (vertraglicher Auftragnehmer des Referenzbeauftragten)	
4	Leistungszeit (Anfangs- und Enddatum der Leistungserbringung)	
5	Name, Anschrift und Telefonnummer / E-Mail-Adresse des Auftraggebers und einer Auskunftsperson	
6	Auftragswert der Referenz (Wert der Leistung) (mehr als 0,5 Mio. €)	_____ €
7	Die Leistung ist sachmangelfrei und ordnungsgemäß erfolgt / die Leistung ist fachgerecht und ordnungsgemäß ausgeführt (Beantwortung durch zutreffendes Ankreuzen)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Darstellung von mindestens einer Referenz gemäß Abschnitt III.1.3) (C3) der EU-Bekanntmachung:

Darstellung von mindestens einer Referenz über die Erweiterung der PCS 7 im laufenden Anlagenbetrieb einer Abfallverbrennungsanlage (Stichtag: Ablauf der Bewerbungsfrist). Mindestanforderung (M).

Hinweise: Für den Nachweis der Referenzen sind ausschließlich die vorgesehenen Vordrucke zu verwenden. Sofern jeweils mehr als eine Referenz nachgewiesen wird, sind diese nach Aufträgen innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland getrennt darzustellen. Ein Referenzprojekt kann zugleich sowohl zur Erfüllung der unter (C1), als auch zur Erfüllung der unter (C2) und (C3) geforderten Referenzen angegeben werden. **Die Referenzen müssen eindeutig demjenigen Unternehmen als Leistungsverantwortlichem (vertraglicher Auftragnehmer des Referenzauftraggebers, Angaben dazu unter lfd. Nr. 3 unten) zugeordnet werden können, das sich zum Nachweis seiner Eignung in dem Teilnahmeantrag darauf beruft.**

(Vordruck kann vom Unternehmen vervielfältigt werden):

Lfd. Nr.	Informationen zur Referenz	Vom Unternehmen auszufüllen
1	Nummer der Referenz	
2	Bezeichnung der Referenz	
3	Name des leistungsverantwortlichen Unternehmens (vertraglicher Auftragnehmer des Referenzbeauftragten)	
4	Leistungszeit (Anfangs- und Enddatum der Leistungserbringung)	
5	Name, Anschrift und Telefonnummer / E-Mail-Adresse des Auftraggebers und einer Auskunftsperson	
6	Auftragswert der Referenz (Wert der Leistung)	
7	Die Leistung ist sachmangelfrei und ordnungsgemäß erfolgt / die Leistung ist fachgerecht und ordnungsgemäß ausgeführt (Beantwortung durch zutreffendes Ankreuzen)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein